

Ich möchte auch einigen Kollegen besonders danken, die meiner Arbeit mit ihrem Wissen, Rat und persönlichen Engagement zur Seite standen: Michael Sontheimer, Udo Ludwig und Wolfgang Bayer vom Spiegel, Jens Weinreich, Christian Booß vom ORB-Magazin *Klartext*, Helmut Höge, Severin Weiland, Uwe Rada und Dirk Wildt von der taz sowie Mathias Werth von *Monitor*. Hier muß ich leider auch die Namen von Kollegen auslassen, die über Berliner Politik berichten, da ihnen sonst möglicherweise keine Interviews mehr gewährt werden.

Andrew Jennings hat mit seinem scharfen Verstand, seiner großen Erfahrung und ständigem Rat dieses Buch stark geprägt.

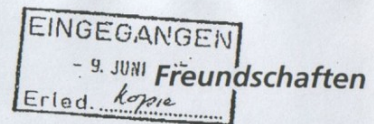
Stefan Sack, Imma Harms, Hauke Benner und Reinhard Großpietsch sahen mühevoll die einzelnen Kapitel durch und korrigierten sie so, daß sie verständlich und grammatikalisch richtig sind, gleichzeitig aber meinen persönlichen Schreibstil bewahren.

Ohne die selbstlose Unterstützung von Birgit Kursawa und Harald Feldmann wäre dieses Projekt gar nicht zustande gekommen.

Danken möchte ich außerdem Diana Beck, Achim Becker, Martin Busche, Lothar Gosten, Jürgen Grässlins, Walter Kaczmarczyk, Veit Müller, Brendan Pittaway, Ida Schillen, Andrea Strasser, Beate Tillmann, Ursula Volz-Walk und Elizabeth Ziemer.

Meinen besonderen Dank auch an Sylvie, Gwyneth, Christoph, Annette und Rüdiger für ihre Teilnahme und Unterstützung.

Berlin,
im Januar 1997



1 Alter Filz in neuen Schläuchen

Es ist noch keine zwölf Jahre her, daß in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1985 in der Tiefgarage des Gebäudekomplexes Salzbrunner Straße 5 in Berlin-Wilmersdorf – also dem feineren Westen Berlins – zwei Schüsse fielen. Diese Schüsse läuteten den größten politischen Skandal in der Nachkriegsgeschichte Westberlins ein: inzwischen bekannt als die »Antes-Affäre«.

Überraschend an der »Antes-Affäre« und den diversen Folgekandalen und -affären war weniger das, was über Praktiken und Verwicklungen der damaligen Berliner Politik mit der Bauwirtschaft ans Licht kam, als vielmehr die Tatsache, daß diese illegalen Praktiken überhaupt aufgefallen sind.

Die den Schüssen folgende zögerliche Aufklärung der »Antes-Affäre« – bei der unter anderem offenkundig wurde, daß die CDU Tiergarten, der Kreisverband, dem Diepgen und der Organisator der mächtigen »K-Gruppe«, der heutige Berliner Abgeordnete im europäischen Parlament Peter Kittelmann, angehörten, munter mit einer »schwarzen Kasse« hantierte – schuf eine dauerhafte Stimmung des Zynismus in der Halbstadt.

Anfang der achtziger Jahre hatte die Hausbesetzerbewegung, die auf ihrem Höhepunkt 169 leere Altbauten okkupiert hatte, Westberlin stark polarisiert. Die Besetzer waren anfangs durchaus populär, denn die Zer-

störung von billigem Wohnraum, der nicht unbeträchtliche Wohnungsleerstand und die für die Mieter teuren Modernisierungen hatten zumindest die Bewohner der Sanierungsgebiete gegen Senat und Bauwirtschaft gleichermaßen aufgebracht. Die Besetzer, die von der Alternativen Liste, von Pfarrern und vielen linksliberalen Intellektuellen in der Stadt unterstützt wurden, machten vor aller Augen offenkundig, daß Spekulanten und große Bauträger, wie etwa die Klingbeil-Gruppe oder Groth und Graalls, sich dank der üppigen Subventionen mit den Modernisierungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus risikolos eine goldene Nase verdienten.

Vermutungen, daß bei dem »Kampf« um lukrative Grundstücke und Subventionen auch Bestechung im Spiel sein müßte, konnten die Hausbesetzer allerdings nicht belegen. Diese Arbeit übernahmen ein paar Jahre später – 1986 – die Staatsanwaltschaft und die Sonderkommission »Soko Lietze«. Ihr gehörte u. a. der legendäre Kripo-Mann Uwe »Kugelblitz« Schmidt an, der heute als Chef circa 300 Fahnder in denjenigen Referaten des Landeskriminalamtes unter sich hat, die sich mit organisierter Kriminalität befassen. Die »Soko Lietze« brachte mehr als ein-tausend Ermittlungsverfahren in Gang. Kaum ein wichtiger Mann aus der Bauszene blieb von ihr verschont. Etliche Politiker, vor allen anderen solche der Christdemokraten, wurden wegen Bestechlichkeit verurteilt.

Drei Senatoren, darunter der CDU-Rechtsaußen und damalige Innen-senator Heinrich Lummer – heute zielt er die Unionsfraktion im Bundes-tag –, mußten zurücktreten. Auch Eberhard Diepgen, der von dem Bau-Unternehmer Kurt Franke illegale Parteispenden in bar angenommen hatte,¹ blieb in der »Antes-Affäre« dank der auffällig sanften Ermittlungen eines Staatsanwalts einigermaßen ungeschoren.

Die Geschichte des CDU-Klüngels in Berlin beginnt lange vor den nächtlichen Schüssen des 1./2. Oktobers 1985. Entstanden ist er bereits Anfang der Sechziger in Dahlem, als sich an Berlins Freier Universität viele Mitglieder der späteren CDU-»K-Gruppe« immatrikulierten – viele von

ihnen an der juristischen Fakultät: Klaus-Rüdiger Landowsky, Eberhard Diepgen, Peter Kittelmann, Heinrich Lummer, der inzwischen verstorbene Schatzmeister und Abgeordnete Jürgen Wohlrabe, der Berliner Bundestagsabgeordnete Gero Pfennig, die Berliner Senatoren Jürgen Klemann und Peter Radunski,² der Steglitzer CDU-Abgeordnete Heinz-Viktor Simon,³ der CDU-Hausanwalt und Vorstandsvorsitzende vom »Verein der Freunde der Nationalgalerie«⁴ Peter Raue (später unter CDU-Kritikern als der »Einstweilige Raue« bekannt), der spätere Präsident des Berliner Verfassungsgerichts und CDU-Abgeordnete sowie Großkanzleichef Klaus Finkelnburg, um nur ein paar zu nennen.⁵ Aus dieser »Crew«⁶ – wie Landowsky sie gern titulierte – entstand der damalige Kern der Jungen Union und des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) an der FU Berlin. Manche aus der »Crew« waren auch Mitglieder von schlagenden studentischen Verbindungen. 1963 wurde Eberhard Diepgen als Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses (ASTA) an der FU, nur siebzehn Tage nach seiner Wahl, abge-wählt. Die Abwahl des Jurastudenten Diepgen wurde verursacht durch dessen Mitgliedschaft in der schlagenden Studentenverbindung »Sara-via«.⁷ Offensichtlich war es dem angehenden Juristen entgangen, daß schlagende Verbindungen damals an der Freien Universität Berlin verbo-ten waren.⁸

Die Kommilitonen Landowsky und Diepgen schlossen also erst einmal zusammen ihr Jurastudium ab. Danach gründeten die beiden zusam-men mit Gero Pfennig eine gemeinsame Anwaltskanzlei. Diepgen und sein Kollege Kittelmann zogen bereits 1971 ins Abgeordnetenhaus ein und begannen so endlich ihre Karrieren als Berufspolitiker. Vier Jahre später folgten ihnen Landowsky und eine Reihe der Gesinnungsgenos-sen ins Berliner Abgeordnetenhaus nach.

Es war in jener Zeit, als sich in der Kanzlei von Landowsky und Diepgen diese jungen Mitglieder der CDU-Abgeordnetenhausfraktion regel-mäßig versammelten, um ihre Männerfreundschaft zu pflegen und ihre politischen Entscheidungen strategisch zu koordinieren. Allmählich wur-den sie nach dem Organisator als der »Kittelmann-Kreis« oder kurz die

»K-Gruppe« bekannt.⁹ Ein anderer Treffpunkt der »Crew« war offensichtlich der »Förderkreis Junge Politik e. V.«.

1981 dann stürzte Berlins SPD-Regierung – ausgelöst durch die Affäre um einen Bauunternehmer namens Garski, der das Weiße gesucht hatte und die Halbstadt auf 116 Millionen Mark ungedeckter Landesbürgschaften sitzenließ. Damit war die sozialdemokratische Ära in der Stadt einen Riesenschritt ihrem Ende entgegengegangen. Was folgte, war die erste CDU-Regierung in Berlin seit Kriegsende, und zwar unter der Führung des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Der aus Westdeutschland importierte Weizsäcker versprach den Westberlinern: »Parteiuchwirtschaft und Ämterpatronage haben sich in Berlin ausgebreitet ... Die CDU wird eine alte Parteiuchwirtschaft nicht durch eine neue ablösen. Der öffentliche Dienst muß als Dienstleistungsunternehmen für die gesamte Bevölkerung von einer Beutepolitik politischer Parteien befreit werden.«¹⁰ Dieses Versprechen konnte Weizsäcker nicht einhalten.

Vielleicht wußte Weizsäcker bei seinem Amtsantritt, mit wem er es bei den Berliner CDU-Politikern zu tun hatte. Jedenfalls holte er für einige Senatorenämter mehrere Parteifreunde aus Westdeutschland an die Spree. So kam es, daß Leute wie Elmar Pieroth, Hanna-Renate Laurien und Wilhelm Kewenig die Berliner Politik administrierten. Eberhard Diepgen mußte sich mit dem Fraktionsvorsitz im Abgeordnetenhaus abfinden.

Dennoch: Man vergißt nur allzuleicht, daß einer der größten politischen Skandale, den sich jemals eine Landesregierung in der Geschichte der Bundesrepublik geleistet hat, unter der Ägide Richard von Weizsäckers bereits klammheimlich seinen Ausgang genommen hatte. Anfang 1985 war Weizsäckers Amtszeit zu Ende. Er kandidierte nicht wieder und kehrte nach Bonn zurück.

Am 9. Februar 1984 wurde dann Eberhard Diepgens großer und langgehegter Traum wahr: Er trat das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an. Keine acht Monate später fielen die »Startschüsse« der »Antes-Affäre«.

Wolfgang Antes war bis 1985 Baustadtrat und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes im Bezirk Charlottenburg. In seinem Amt als Baustadtrat bot er Investoren und Bauunternehmern kleine Gefälligkeiten an – gegen Bares versteht sich. Dazu zählten u. a. die Verschiebung eines Grundstücks oder die Erteilung von Baugenehmigungen und eben alles, was man in diesem Geschäftsfeld halt so braucht. Bereits 1984 wurde ein Disziplinarverfahren gegen Antes eingeleitet, weil er 2000 Senatswohnungen zum Spottpreis von je 4000 Mark verkaufen wollte.¹¹

Laut der Aussagen des damaligen CDU-Bezirksbürgermeisters von Charlottenburg, Lindemann, stand dieses Sonderangebot im Zusammenhang mit einer Parteispende von einer Million Mark, die der CDU in Aussicht gestellt worden war.¹² Der Deal platzte. Das Disziplinarverfahren auch.

Lindemann erteilte seinem Parteifreund Antes lediglich einen Verweis und verhinderte damit ein Disziplinarverfahren.¹³ Diese sehr milde Art, die verschiedenen Vorwürfe von Bestechlichkeit zu ahnden, die Antes gemacht wurden, wurde vom damaligen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen bestätigt.¹⁴

Daß es überhaupt zu diesem Verweis kam, war keine Selbstverständlichkeit. Laut dem Charlottenburger Rechtsamtsleiter Lothar Gosten, einem der wichtigsten Zeugen vor dem Antes-Untersuchungsausschuß, war diese Handlung sogar eine »Heldentat«.¹⁵ Bezirksbürgermeister Lindemann wurde unter Druck gesetzt, das Verfahren einzustellen. Dahinter sollen der damalige Senator Kewenig, Finkelnburg und Klaus-Rüdiger Landowsky gestanden haben, erzählte Gosten vorm Untersuchungsausschuß.¹⁶

Der damalige CDU-Ortsvereinsvorsitzende und Rechtsanwalt Klaus Finkelnburg leistete Antes Rechtsbeistand.¹⁷ Finkelnburg, heute Präsident des Berliner Verfassungsgerichts, erklärte 1986 dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß: »Die Vorwürfe gegen Antes sind nur Peanuts.«¹⁸

Auf Bezirksebene, so jedenfalls äußerte sich Lothar Gosten, gab es einen Treff zwischen Klaus-Rüdiger Landowsky und dem Charlottenburger

CDU-Bürgermeister Lindemann, der die Anteschen Untaten untersuchen sollte: »Der Bezirksbürgermeister Lindemann habe ihn von einem Gespräch mit dem Zeugen Landowsky berichtet. Im Verlauf dieses Gesprächs sei er – Lindemann – von dem Zeugen [Landowsky] aufgefordert worden: »Schreiben Sie – Lindemann –, ich habe mich überzeugt, an der Sache ist nichts daran – etwa sinngemäß – Punkt, Komma, Schluß; Unterschrift Lindemann.«¹⁹

Landowsky erinnerte sich an das Gespräch: »Irgendwo ist mal eine Äußerung mit »tiefhängen« gefallen, das kann durchaus von mir gewesen sein.«²⁰ Lindemann bestätigte, »er habe zu dem Zeitpunkt, bevor er den Verweis verhängt habe, mit ... Landowsky gesprochen. Er habe sich auch nicht beeinflussen lassen, denn sonst wäre höchstens eine Mißbilligung an den Stadtrat Antes ausgesprochen worden, und dies sei keine Disziplinarmaßnahme.«²¹

Der Eingriff des CDU-Landesvorstands in die Charlottenburger Geschehnisse war vielleicht nicht ganz ohne eigenen Nutzen. Gosten ließ den Untersuchungsausschuß wissen: »Herr Lindemann hat nur mal fallen lassen bei der Sache, daß er mir gesagt hat: Mensch, der Antes erzählt immer und da in dieser Sache – das ist völlig klar – stecke ein hoher Funktionär, ein Vorstandsmitglied, dahinter, und zwar zu einem relativ frühen Zeitpunkt.«²² Laut Spiegel sind ein Jahr später Mitglieder der aufklärenden Sonderkommission zum gleichen Schluß gekommen: »Berliner Ermittler halten auch nach dem Urteil an ihrer Einschätzung fest, daß Antes Bestechungsgelder teilweise als »Bribe broker« (deutsch: Korruptions-Makler) im Auftrag von Parteifreunden kassiert hat.«²³ Noch bevor die Sonderkommission »Lietze« eingriff, hatte die Berliner Staatsanwaltschaft ihre Ermittlung schon durchgeführt.²⁴ Rechtzeitig zur Wahl des Charlottenburger Bezirksamts im Mai 1985 wurden die Ermittlungen gegen Antes wegen des Verdachts der Bestechlichkeit eingestellt.²⁵

Die Affäre schien von oben aus der Welt geschafft worden zu sein. Nicht so im Bezirk Charlottenburg. Antes fiel bei seiner erneuten Kandidatur als Baustadtrat durch. Wieder griff Landowsky ein. Er gab auf einem

Kreisparteitag der Charlottenburger CDU eine »Quasi-Ehrenklärung« für Antes ab.²⁶ (Landowsky: »Ich habe ihm lediglich meinen hohen Respekt im Interesse der Partei und des Bezirks bekundet.«²⁷) Daraufhin gab Antes seine Kandidatur freiwillig auf.

Vielleicht genügte diese Strategie tatsächlich, um das wirkliche Ausmaß des Vorganges vor der Öffentlichkeit zu verharmlosen. Im Bezirk Charlottenburg ging also – ehrenwerterweise – die Politikkarriere des Wolfgang Antes zu Ende. Das hinderte allerdings die damalige CDU-Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien nicht daran, Antes die Stelle eines Schulrats anzubieten. Unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit mußte dieses Angebot jedoch bald zurückgezogen werden.²⁸

Nach den Schüssen in der Tiefgarage war der Fall Antes endgültig nicht mehr in den Händen der CDU, sondern Sache der Sonderkommission »Lietze«. Anfang November 1985, kaum ein halbes Jahr nach Landowskys Quasi-Ehrenklärung war Wolfgang Antes in Untersuchungshaft.²⁹

Ein interessanter Aspekt an dem, was nun öffentlich wurde, war das Geständnis von Antes, Bestechungsgelder in Höhe von 300 000 Mark angenommen zu haben. In ihren Geständnissen gaben die Bestechungsgeldzahler jedoch an, weitaus höhere Summen transferiert zu haben.³⁰ Wohin allerdings diese Differenzbeträge geflossen sind, wurde niemals aufgeklärt.

Zu Beginn der Affäre, als es nur um Antes selbst ging, erklärte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen: »Es wird mit aller Strenge ohne Rücksicht auf Rang und Namen von Betroffenen jeder konkrete Verdacht von politischer oder persönlicher Selbstbedienung untersucht.«³¹ Für Diepgen war Wolfgang Antes ein »schwarzes Schaf« in der CDU.³² Mag sein, aber bestenfalls ein schwarzes Schaf in einer ganzen Herde schwarzer Schafe.

Vier Tage nach Diepgens Proklamation, die »Antes-Affäre« lückenlos aufzuklären, verhaftet die Berliner Staatsanwaltschaft unter anderem den Bauunternehmer Kurt Franke wegen Bestechungsverdachts.³³ Bei der Durchsuchung von Frankes Büro wird ein Taschenkalender aus dem

Jahre 1984 gefunden. Darin liest man eine Reihe von Kürzeln wie »12/82 25 Diep«, »2/83 10 Ribie« oder »Kitt«. Ein kurzer Vergleich mit Frankes Kontobewegungen seitens der Staatsanwaltschaft ergibt folgendes Bild: Im Dezember 1982 hatte Eberhard Diepgen von Franke 25 000 Mark erhalten, im Februar 1983 hatte Klaus Riebschläger, der frühere Finanzsenator und SPD-Schatzmeister, 10 000 Mark bekommen. Insgesamt hatte Diepgen von Franke 75 000 Mark Bargeld zugesteckt bekommen, Riebschläger 130 000 Mark und der CDU-Bundestagsabgeordnete und Diepgen-Intimus Peter Kittelmann (»Kitt«) 145 000 Mark. Der inzwischen verstorbene Franke hatte die CDU mit rund 500 000 Mark gesponsert. Für seinen Teil der Spenden erklärte der Jurist Diepgen: »Es gab keine Spendenquittungen, weil die Spenden nicht steuerlich abgesetzt werden sollten.«³⁴ Danach war es mit einer strengen Aufklärung nicht mehr allzuweit her.

Lediglich der Verbleib von weniger als der Hälfte aller Spenden konnte aufgeklärt werden. Viel Geld landete in der simplen Stahlkassette des damaligen Tiergartener Finanzstadtrats und CDU-Kreisschatzmeisters Michael Urban. Mit Wissen und Billigung des CDU-Politikers und Diepgen-Vertrauten Peter Kittelmann hatte Urban diese Bargeldkasse, die er selbst als »schwarze Kasse« bezeichnete, selbstverständlich ohne Kassenbuch geführt.³⁵ Der Inhalt der Kassette waren Spenden, die weder quittiert noch deklariert waren.

Die Schattenfinanzen des CDU-Kreisverbandes Tiergarten, dem Diepgen bis 1984 angehörte, blieben ein dunkles Kapitel. In Tiergarten war Kurt Franke mit seinen Baugeschäften so erfolgreich, daß der Bezirk den Spitznamen »Frankergarten« erhielt.

Schaden für Kittelmann und Urban in Tiergarten brachten diese Ereignisse nicht. Im Gegenteil – sie konnten richtige Politdynastien aufbauen. Peter Kittelmann, der zur Zeit Mitglied des Europäischen Parlaments ist, herrscht noch immer als Kreisverbandsvorsitzender der CDU in Tiergarten.³⁶ Seine Frau Marion ist Abgeordnete im Berliner Parlament, entsandt vom Bezirk Tiergarten. Kittelmanns Bruder Wilim wurde 1988 in die Bezirksverordnetenversammlung von Tiergarten gewählt.³⁷ Nach

den Wahlen 1995 ist er dann auch zum Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft und Bürgerservice in Tiergarten gewählt worden.³⁸ Dieses Amt soll er am 1. April 1997 niederlegen.³⁹ Die CDU-Bürgerdeputierte für Stadtplanung im Bezirk Tiergarten trägt auch den Namen »Kittelmann«.⁴⁰ Das jüngste Mitglied der CDU-Fraktion in der Tiergartener Bezirksverordnetenversammlung ist eine junge Frau, Jahrgang 1971, die im weit entfernten Dahlem wohnt. Ihre engste Verbindung zu Tiergarten sind ihre Nachbarn – Peter und Marion Kittelmann.⁴¹

Das zweitjüngste Mitglied in der CDU-Fraktion der Tiergartener Bezirksverordnetenversammlung ist Tanja Urban, die dieselbe Adresse angibt wie Gabriele und Michael Urban, die Mitglieder derselben Fraktion und der Bezirksverordnetenversammlung sind.⁴²

In den Ermittlungen der »Antes-Affäre« dauerte es immer etwas länger, bis sich die CDU-Politiker an das Geld, das sie vom Baulöwen Franke erhalten hatten, überhaupt erinnern konnten. Dem Untersuchungsausschuß zufolge ging ein Teil des Geldes, das Diepgen von Franke zugesteckt bekommen hatte, als »Spende« an den »Fördererkreis Junge Politik e. V.«, dessen damaliger Vorsitzender Peter Kittelmann war. Der Vereinszweck des 1960 gegründeten Fördererkreises liegt laut Satzung nicht in der Akquisition von Spenden für die CDU, sondern in der »Förderung der studentischen Hilfe, der Jugendpflege und Fürsorge«. Der Verein verfolgt »ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke«. In diesem Fördererkreis saßen aber auch Eberhard Diepgen, Klaus-Rüdiger Landowsky, Dankward Buwitt, Jürgen Wohlrabe und andere führende CDU-Politiker.⁴³ Ein weiterer Teil von Diepgens »Spenden« sei – so Diepgen – an einen Sonderfonds für soziale Zwecke der CDU-Abgeordnetenhausfraktion weitergeleitet worden. Die Existenz dieses Fonds war bis zu Diepgens Eingeständnis nicht einmal einem Mitglied des CDU-Fraktionsvorstandes bekannt, und dieses Mitglied saß dort immerhin bis 1985.⁴⁴ Während in Frankes Kalender Spenden von 500 000 Mark an die CDU eingetragen waren, gab CDU-Schatzmeister Jürgen Wohlrabe den Erhalt von nur 228 100 Mark zu.⁴⁵

In jener Pressekonferenz, in der Diepgen die Annahme von mindestens

50 000 Mark oder sogar 75 000 Mark von Franke zugab⁴⁶ (vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß konnte sich Diepgen definitiv an 75 000 Mark, die er von Franke erhalten hat, erinnern⁴⁷), betonte er: »Ich muß erdulden, daß meine Partei ins Gerede gekommen ist, aber ich wehre mich dagegen, daß unsere Politik, die die Stadt nach vorne gebracht hat, damit schlechtgemacht wird.«⁴⁸ Im Gegensatz zu seinem Versprechen, die »Antes-Affäre« restlos aufzuklären, hielt Diepgen diesmal Wort: Er schonte die Partei. Natürlich gab es einen Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses zur »Antes-Affäre«, und auch der damalige Berliner Justizsenator und heutige CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Rupert Scholz ließ weiter ermitteln.

Doch wann hätte in Berlin seit der »Antes-Affäre« jemals ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß etwas über den Berliner Filz aufgedeckt, vor allem wenn es das Umfeld der CDU-Parteispitzen wirklich berührt hätte? Vielleicht liegt es daran, daß die beiden Institutionen von den regierenden Parteien dominiert sind. In Berlin ist es inzwischen eher Usus, Affären und Skandale ins Leere laufen zu lassen. Man sitzt derlei Unannehmlichkeiten einfach aus und sorgt dafür, daß es nicht allzulange dauert, bis sie aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verschwinden. In der »Antes-Affäre« aber setzte die CDU ihre Kräfte schon dafür ein, die kritischen Medien der Stadt mundtot zu machen. Wie der Fall politisch zu bewerten sei, dazu hatte Klaus-Rüdiger Landowsky im Stile eines Repräsentanten der Kaste der Politiker schon den Tenor angegeben: »Solche Fälle wie Herr Antes kommen bei uns in allen Parteien vor.«⁴⁹

Die CDU konnte während der »Antes-Affäre« vieles verhindern. Was sie nicht erfolgreich abwenden konnte, war ihre Niederlage bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Bis zum Januar 1989 hatten die Berliner die »Antes-Affäre« noch nicht vergessen. 1985 hatte die CDU-FDP-Koalition 54,8 Prozent der Stimmen erhalten. 1989 waren es ganze 37,8 Prozent für die CDU und 3,9 Prozent für die FDP, die damit aus dem Berliner Parlament ausschied.⁵⁰ Statt Eberhard Diepgen zog Walter Momper als Regierender Bürgermeister für die SPD ins Rathaus Schöne-

berg ein und mit ihm die Alternative Liste als Koalitionspartner. Der Schock in den Seilschaften des Berliner Filzes saß tief.

Diese hybride Mischung aus Politik, Wirtschaft und Medien rappelte sich jedoch schnell wieder auf und bereitete sich auf die nächsten Wahlen vor. Dazu bedurfte es keiner Kongresse oder besonderen Versammlungen. In der ehemaligen Front- und Mauerstadt ist der Filz eine kleine geschlossene Gesellschaft. Es gibt bestimmte Örtlichkeiten und Anlässe, wo man sich ständig wieder trifft: als Mitglied im Verein, zum Beispiel der »Freunde der Nationalgalerie e. V.«, bei dem »German Masters«-Tennisturnier auf dem Gelände vom »LTC Rot-Weiß«, während des Presseballs, bei einer der zahlreichen Aufsichtsrats-, Vorstands-, Verwaltungsrats- oder Kuratoriumssitzungen der vielen subventionierten privaten oder halbstaatlichen Unternehmungen und bei Senatsempfängen (jedenfalls solange man dort an der Macht ist).

Berliner Filz ist Männersache. Frauen tauchen selten auf und wenn, dann in Nebenrollen. Die Wirksamkeit des Berliner Filzes liegt nicht in seinem übergreifenden Pluralismus, sondern in der Konzentration der Macht in den Händen einiger weniger »Crew«-Mitglieder und Seilschaften.

Ein Paradebeispiel dafür ist wahrscheinlich Klaus-Rüdiger Landowsky. Landowsky ist CDU-Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. In einem Büchlein, das im März 1996 vom Abgeordnetenhaus herausgegeben wurde, befindet sich eine Kurzbiographie auch dieses Parlamentariers.⁵¹ Dort liest man, daß Landowsky nicht nur CDU-Fraktionsvorsitzender ist, sondern auch Mitglied des Landesvorstands der CDU. Er ist nicht nur Vorstandsvorsitzender der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank und Mitglied des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin, sondern auch Mitglied des Rundfunkrats des SFB. Er sitzt im Vorstand der Karlsruher-Gesellschaft und des »Neuen Berliner Kunstvereins«. Landowsky ist Mitglied des Aufsichtsrats der Berliner Revisions-AG und der Deutschen Bau- und Bodenbank AG. Außerdem hat er einen Sitz im Stiftungsrat der Deutschen Klassenlotterie Berlin und in der G 10-Kommission des Landes Berlin.

Nicht zuletzt ist er Mitglied der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Es steht nicht im Heft, daß Landowsky sowohl stellvertretender Vorsitzender des »International Club Berlin« als auch Mitglied des Tennisclubs »LTTC Rot-Weiß« und des »Golf- und Landclub Berlin Wannsee« ist. Das ist vermutlich Zufall oder Platzmangel, oder es hat vielleicht auch einen guten Grund.

Doch damit nicht genug: In seinem Amt als Vorstandssprecher der »Berliner Hyp« hat Landowsky Zugang zu vielen anderen wichtigen Knotenpunkten des Berliner Filzes. So etwa ist die »Berliner Hyp« nicht nur Mitglied im Verein »Freunde der Nationalgalerie e. V.«,⁵² sondern war auch als Sponsor bei so wichtigen Ereignissen wie dem »German Masters«-Tennisturnier in Berlin gewesen. Die Liste der Verknüpfungen und Verschachtelungen ließe sich fortsetzen.

Allerdings mußte Landowsky neulich eines seiner Ämter abgeben. Seit Juni 1996 ist er nicht mehr Aufsichtsratsmitglied der Bankgesellschaft Berlin. Dies hatte natürlich weniger geschäftliche als vielmehr gesetzliche Ursachen. Mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus trat im Oktober 1995 ein neues Landeswahlgesetz in Kraft. Das Gesetz schreibt eine Unvereinbarkeit von Amt und Parlamentsmandat vor. Geschäftsführende Posten bei Unternehmen, an denen das Land Berlin mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist, sind damit für Parlamentarier nicht mehr zulässig.⁵³ Damit soll vermieden werden, daß Politiker, wenn sie denn öffentliche Institutionen kontrollieren, in Interessenkonflikte geraten.

Die Bankgesellschaft Berlin gehört zu 57 Prozent dem Land Berlin. Ein ähnliches Gesetz, das in SPD- und AL-Kreisen den Spitznamen »Lex Landowsky« erhielt, scheiterte schon 1990 am Widerstand der CDU.⁵⁴ Zum Trost für seinen Rücktritt aus dem Aufsichtsrat wurde Landowsky, bisher auch Vorstandsvorsitzender der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank, zum Vorstandsvorsitzenden der neu formierten Fusion aus Berliner Hyp und Braunschweiger-Hannoverscher Hypothekenbank (Berlin Hyp) ernannt.

Klaus-Rüdiger Landowsky war nie Bürgermeister von Berlin. Er war auch nie Kandidat für das Amt. Er war auch nie Senator. Er brauchte solche

Ämter nicht. Er ist sowieso der mächtigste Politiker der Stadt. Wer das Zepter in der Hand hat, bekommt ohnehin nur die Prügel. Während Diepgen die langweiligen Eröffnungsreden hält und bei uninteressanten Anlässen als Politik-Mannequin in Erscheinung tritt, kann Landowsky organisieren, integrieren und an den informellen Orten, den ungezählten VIP-Räumen, in Clubs und Restaurants die Macht sichern. Die beiden sind ein erfolgreiches Gespann, wie einst Pinocchio und sein Meister.

Trotzdem wird das Paar den Sumpfgeruch nie ganz los. In seiner Kurzbiographie als Abgeordneter gehört zu Diepgens wenigen Angaben »Vorsitzender des Kuratoriums der Otto-Benecke-Stiftung«.⁵⁵ Die Stiftung, zu deren Gründerkreis Diepgen gehört,⁵⁶ ist für die Wiedereingliederung und Ausbildung von Flüchtlingen und Aussiedlern zuständig. Sie hatte Anfang der 90er Jahre über 200 Millionen Mark jährlich von der Bundesregierung erhalten.⁵⁷

1991 deckte die taz auf, daß die »Otto-Benecke-Stiftung«, die als Empfänger von Bundesgeldern unter der Kontrolle des Bundesrechnungshofes stand, rund 130 Millionen Mark jährlich an einen anderen eingetragenen Verein, jenseits der öffentlichen Kontrolle durch den Bundesrechnungshof, weiterleitete.⁵⁸ Gegründet wurde dieser Tochterverein von Vorständen der Stiftung.⁵⁹ Diesem Verein wurden dann Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung zugeschanzt.⁶⁰

Wie die taz veröffentlichte, hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) 1991 festgestellt, daß die »Otto-Benecke-Stiftung« Leistungen abrechnete, die nicht nachgewiesen werden konnten, und Verwaltungskosten in Rechnung stellte, die nie angefallen waren. Auch die von der Stiftung ausgewiesenen Arbeitsergebnisse seien – laut BMZ – »überflüssig« und »nicht geeignet« für das finanzierte Vorhaben.⁶¹ Auch kam der Bundesrechnungshof dahinter, daß Abschlagszahlungen der Stiftung an die private GmbH »durchweg höher waren als die später abgerechneten Beträge«.⁶² Der Bundesrechnungshof stellte fest, daß »die Haushaltsführung der Otto-Benecke-Stiftung e. V. unübersichtlich ist«, und erhob den Vorwurf einer »Verschleierung